

Neue Studie

Zeit für Industriepolitik?



Staatliche Unterstützung einzelner Firmen oder ganzer Branchen ist wieder salonfähig. Sei es zur Stärkung der Versorgungssicherheit, strategisch bedeutender Branchen oder zur Bewältigung des Klimawandels: Stets wird versucht, die Wirtschaft in gewünschte Bahnen zu lenken. Doch braucht es Industriepolitik, um die genannten Ziele zu erreichen? Diesen Fragen gehen Lukas Schmid, Laurenz Grabher und Tim Schäfer in der neusten Avenir-Suisse-Studie nach.

[Zeit für Industriepolitik? Die Folgen einer staatlich gelenkten Wirtschaft](#)

Interview zur Landwirtschaftspolitik

«Ich frage mich schon, weshalb genau die Bauern protestieren»



Schweizer Bauern wehren sich gegen geplante Kürzungen im Agrarbudget. Patrick Dümmler erklärt im Interview, wo die Bauern zurecht der Stiefel drückt und was der Bauernverband gerne verschweigt.

[«Ich frage mich schon, weshalb genau die Bauern protestieren»](#)

Nachgefragt

Ein Interview provoziert Reaktionen



Die Situation der Landwirte sei viel besser als diese vorgeben, sagte Patrick Dümmler im [Interview mit den Tamedia-Zeitungen](#) (siehe oben). Der Artikel hat zahlreiche Kommentare generiert – neben viel Zustimmung auch Kritik. Marc Lehmann hat deshalb bei unserem Landwirtschaftsexperten nachgefragt.

 [Ein Interview provoziert Reaktionen](#)

Die Zahl



In der Schweiz gibt es immer weniger Banken. Die SNB-Bankenstatistik reicht von 1987 bis 2022: In diesem Zeitraum hat sich die Zahl der Schweizer Banken von 326 auf 149 um 177 reduziert. Vor einem Jahr verlor die Schweiz eine Grossbank – der Fall Credit Suisse ist demnach ein weiterer, grosser Schritt im anhaltenden Konzentrationsprozess auf dem Schweizer Finanzplatz. (LAG)

Ergänzungsleistungen

Eine Art «Vollkaskoversicherung» für die soziale Sicherheit im Alter



Die Ergänzungsleistungen (EL) decken verschiedene Arten von Risiken ab. Sie erfüllen damit unterschiedliche Bedürfnisse. Als Armutsindikator sind EL jedoch nicht geeignet. Warum das so ist, erklärt Jérôme Cosandey in seinem Beitrag.

[Eine Versicherung, drei Risiken und nicht immer Armut](#)

Presseschau

Avenir Suisse in den Medien

Industriepolitik: Die staatliche Unterstützung einzelner Firmen und Branchen ist salonfähig geworden – auch in der Schweiz gebe es Sündenfälle. [Gerald Hosp hat in der NZZ](#) die neue [Avenir-Suisse-Studie zur Industriepolitik](#) zum Anlass für eine Bestandesaufnahme genommen. Studienautor Lukas Schmid wird mit der Aussage zitiert, wenn es um den Schutz von Arbeitsplätzen gehe, seien auch bürgerliche Parteien in früheren Jahren schwach geworden. In der [«Weltwoche»](#) fragt Beat Gygi in seiner Kolumne rhetorisch: «Braucht es Doping für Champions?». Und in der Westschweizer Wirtschaftswochenzeitung [«Agéfix»](#) hat der KOF-Direktor Jan-Egbert Sturm der Avenir-Suisse-Analyse weitgehend zugestimmt. Die Stärke einer offenen Wirtschaft liege in der Fähigkeit, sich an die Unwägbarkeiten des Wettbewerbs anzupassen. In der [Morgen-Newsendung auf RTS](#) gab Jérôme Cosandey Auskunft über die Stossrichtung unserer Studie. Und [«Le Temps»](#) zitiert unser Beispiel von hoch subventionierten europäischen Suchmaschinen, denen es nicht gelungen ist, die Dominanz von Google zu durchbrechen.

Bundesfinanzen: Eine Expertengruppe soll aufzeigen, wo der Bund drei bis vier Milliarden sparen kann. Im Interview mit dem [«Beobachter»](#) sagt [Marius Brülhart](#), Volkswirtschaftsprofessor der Universität Lausanne, man dürfe dabei die Steuervergünstigungen nicht ausklammern. [Avenir Suisse](#) beziffere sie auf jährlich etwa 24 Milliarden Franken. Das sei etwa halb so viel wie die Subventionen, die der Bund ausweist. Es sei denkbar, dass gewisse historisch gewachsene Subventionen oder Steuervergünstigungen früher Sinn ergaben, heute aber überholt seien.

Staatsquote: Laut «Bild»-Zeitung wird die Staatsquote in Deutschland weiter steigen. Im Jahr 2035 werde ein lediger, kinderloser Durchschnittsverdiener 51,75% seines Lohnes abgeben, warnt das Blatt. Gegenüber dem [Newsportal Nau.ch](#) sagte Jérôme Cosandey, die Schweiz liege im oberen europäischen Mittelfeld genau zwischen Deutschland und Österreich, und die Ausgaben nähmen auch hierzulande kontinuierlich zu: «Die Renten kosten mehr, die Gesundheitskosten steigen, und auch in der Bildung muss mehr investiert werden.»

Steuerrückvergütungen: Das Webportal [«Bajour»](#) hat gefragt, was der Kanton Basel-Stadt mit dem riesigen Überschuss von 434 Mio. Fr. in der Jahresrechnung anstellen soll. Eine der präsentierten Ideen erinnert stark an [den Vorschlag von Avenir Suisse](#) nach einer Steuerrückvergütung. Dies sei aus Sicht des Think-Tanks finanzpolitisch risikoarm sowie «eine einfache, schnelle und flexible Möglichkeit, die Steuerzahlenden und Leistungserbringer an einer positiven finanziellen Entwicklung ihres Kantons teilhaben zu lassen.»

Auch der Kanton Zug weist einen stolzen Überschuss in der Jahresrechnung auf: 250 Mio. waren budgetiert, 460 Mio. Fr. sind es geworden. Das wecke Begehrlichkeiten, sagte Finanzdirektor Heinz Tännler gegenüber [«Zentralplus»](#). Steuerrückvergütungen kämen «todsicher». Die von Avenir Suisse vorgeschlagene [Steuerrückvergütung](#) sieht er hingegen kritisch. Einmalige Steuerrückvergütungen trügen nicht zur Rechtssicherheit bei.

Unsere aktuellen Publikationen



[Der unterschätzte Bachelor](#)



[Budgetierung ausser Rand und Band](#)



[Avenir-Suisse-Freiheitsindex 2023](#)

Newsletter verpasst?
Sie finden alle früheren Ausgaben in unserem [Newsletter-Archiv](#).